

07. 03. 86

In

Gesetzentwurf**der Bundesregierung**

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Protokoll vom 8. Juli 1985 zu dem Übereinkommen von 1979
über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung
betreffend die Verringerung von Schwefelemissionen
oder ihres grenzüberschreitenden Flusses um mindestens 30 vom Hundert**

A. Zielsetzung

Das am 9. Juli 1985 in Helsinki von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnete Protokoll ergänzt das Übereinkommen vom 13. November 1979 über die weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung um eine Vereinbarung über die Verringerung von Schwefelemissionen oder ihres grenzüberschreitenden Flusses um mindestens 30 v. H.

Mit dem Vertragsgesetz sollen die verfassungsmäßigen Voraussetzungen für die Ratifikation des Protokolls geschaffen werden.

B. Lösung

Die Vertragsparteien des Protokolls übernehmen die völkerrechtliche Verpflichtung, ihre jährlichen nationalen Schwefelemissionen oder deren grenzüberschreitenden Fluß sobald wie möglich und spätestens bis 1993 um mindestens 30 v. H. gegenüber dem Niveau von 1980 zu verringern. In der Bundesrepublik Deutschland wird die übernommene Reduzierungsverpflichtung erfüllt; nach den neuesten Berechnungen wird – gemessen am Basisjahr 1980 – bis 1993 in der Bundesrepublik Deutschland eine Verringerung der Schwefelemissionen um mehr als 60 v. H. erreicht.

Die für die Berichtspflichten nach dem Protokoll benötigten nationalen Daten werden vom Umweltbundesamt bereitgestellt und von der Bundesregierung an das Exekutivorgan des Übereinkommens weitergeleitet.

Fristablauf: 18. 04. 86

C. Alternativen

keine

D. Kosten

Die Erfüllung der sich aus dem Protokoll ergebenden Verpflichtungen verursachen in den Jahren 1985 und 1986 keine zusätzlichen Kosten für den Bund. Der in den Folgejahren anfallende Mehrbedarf für den Bundeshaushalt wird durch Umschichtung innerhalb des Einzelplanes 06 gedeckt.

07. 03. 86

In

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Protokoll vom 8. Juli 1985 zu dem Übereinkommen von 1979
über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung
betreffend die Verringerung von Schwefelemissionen
oder ihres grenzüberschreitenden Flusses um mindestens 30 vom Hundert**

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
14 (33) – 235 24 – Üb 22/86

Bonn, den 7. März 1986

An den Herrn
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Protokoll vom 8. Juli 1985 zu dem Übereinkommen von 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung betreffend die Verringerung von Schwefelemissionen oder ihres grenzüberschreitenden Flusses um mindestens 30 vom Hundert

mit Begründung und Vorblatt.

Der Wortlaut des Protokolls zu dem Übereinkommen von 1979 in englischer, französischer und deutscher Sprache sowie die Denkschrift zum Protokoll sind gleichfalls beigelegt.

Federführend ist der Bundesminister des Innern.

Kohl

Fristablauf: 18. 04. 86

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Protokoll vom 8. Juli 1985 zu dem Übereinkommen von 1979
über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung
betreffend die Verringerung von Schwefelemissionen
oder ihres grenzüberschreitenden Flusses um mindestens 30 vom Hundert**

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Helsinki am 9. Juli 1985 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Protokoll vom 8. Juli 1985 zu dem Übereinkommen vom 13. November 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung betreffend die Verringerung von Schwefelemissionen oder ihres grenzüberschreitenden Flusses um mindestens 30 vom Hundert (BGBl. 1982 II S. 373) wird zugestimmt. Das Protokoll wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Protokoll nach seinem Artikel 11 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Protokoll findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Zu Artikel 2

Das Protokoll soll auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Protokoll nach seinem Artikel 11 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung:

Die Erfüllung der sich aus Artikel 4 des Protokolls ergebenden Verpflichtung zur jährlichen Berichterstattung verursacht in den Jahren 1985 und 1986 keine zusätzlichen Kosten für den Bund. Ein evtl. später sich ergebender Mehrbedarf für den Bundeshaushalt wird durch Umschichtung innerhalb des Einzelplanes 06 gedeckt.

Mit der Durchführung des Protokolls werden auch auf das „Programm über die Zusammenarbeit bei der Messung und Bewertung der weiträumigen Übertragung von luftverunreinigenden Stoffen in Europa“ neue Aufgaben zukommen, die mit einer Erhöhung des deutschen Finanzbeitrages zu diesem Programm verbunden sind. Eine erste Schätzung läßt einen Mehrbedarf von 10–20 % vermuten, der ebenfalls durch Umschichtung innerhalb des Einzelplanes 06 des Bundeshaushaltes gedeckt wird.

Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, besonders auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

**Protokoll
zu dem Übereinkommen von 1979
über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung
betreffend die Verringerung von Schwefelemissionen
oder ihres grenzüberschreitenden Flusses um mindestens 30 vom Hundert**

**Protocol
to the 1979 Convention on Long-range Transboundary
Air Pollution on the Reduction of Sulphur Emissions
or their Transboundary Fluxes by at Least 30 per Cent**

**Protocole
à la Convention sur la pollution atmosphérique
transfrontière à longue distance, de 1979,
relatif à la réduction des émissions de soufre
ou de leurs flux transfrontières d'au moins 30 pour cent**

(Übersetzung)

The Parties,

Determined to implement the Convention on Long-range Transboundary Air Pollution,

Concerned that the present emissions of air pollutants are causing widespread damage, in exposed parts of Europe and North America, to natural resources of vital environmental and economic importance, such as forests, soils and waters, and to materials (including historical monuments) and, under certain circumstances, have harmful effects on human health,

Aware of the fact that the predominant sources of air pollution contributing to the acidification of the environment are the combustion of fossil fuels for energy production, and the main technological processes in various industrial sectors, as well as transport, which lead to emissions of sulphur dioxide, nitrogen oxides, and other pollutants,

Considering that high priority should be given to reducing sulphur emissions, which will have positive results environmentally, on the over-all economic situation and on human health,

Recalling the decision of the United Nations Economic Commission for Europe (ECE) at its thirty-ninth session, which stresses the urgency of intensifying efforts to arrive at co-ordinated

Les Parties,

Résolues à donner effet à la Convention sur la pollution atmosphérique transfrontière à longue distance,

Préoccupées par le fait que les émissions actuelles de polluants atmosphériques causent des dommages étendus dans les régions exposées d'Europe et d'Amérique du Nord à des ressources naturelles d'importance vitale pour l'environnement et l'économie, comme les forêts, les sols et les eaux, de même qu'aux matériaux (y compris les monuments historiques) et ont dans certaines circonstances des effets nocifs pour la santé humaine,

Conscientes que les principales sources de pollution atmosphérique qui contribuent à l'acidification de l'environnement sont la combustion de combustibles fossiles pour la production d'énergie et les principaux processus technologiques dans divers secteurs industriels, ainsi que les transports qui provoquent l'émission de dioxyde de soufre, d'oxydes d'azote et d'autres polluants,

Considérant qu'une priorité élevée devrait être accordée à la réduction des émissions du soufre qui aura des effets positifs sur l'environnement, la situation économique d'ensemble et la santé humaine,

Rappelant la décision prise par la Commission économique des Nations Unies pour l'Europe (CEE) à sa trente-neuvième session soulignant qu'il est urgent de redoubler d'efforts pour parvenir à coor-

Die Vertragsparteien –

entschlossen, das Übereinkommen über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung durchzuführen,

besorgt darüber, daß die derzeitigen Emissionen luftverunreinigender Stoffe in den exponierten Teilen Europas und Nordamerikas ausgedehnte Schäden an Naturschätzen von lebenswichtiger Bedeutung für Umwelt und Wirtschaft, z. B. Wäldern, Böden und Gewässern, sowie an Materialien (einschließlich historischer Denkmäler) verursachen und unter bestimmten Umständen schädliche Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit haben,

in dem Bewußtsein, daß die Hauptquellen der Luftverunreinigung, die zur Versauerung der Umwelt beitragen, die Verbrennung fossiler Brennstoffe zur Energieerzeugung und die wichtigsten technischen Prozesse in den verschiedenen Industriezweigen sowie der Verkehr sind, die zu Emissionen von Schwefeldioxid, Stickstoffoxiden und anderen verunreinigenden Stoffen führen,

in der Erwägung, daß der Verringerung von Schwefelemissionen, die sich auf die Umwelt, die wirtschaftliche Gesamtlage und die menschliche Gesundheit günstig auswirken wird, hoher Vorrang eingeräumt werden sollte,

eingedenk des auf der neununddreißigsten Tagung der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE) gefaßten Beschlusses, der die Dringlichkeit der Intensivierung der Bemühungen

national strategies and policies in the ECE region to reduce sulphur emissions effectively at national levels,

Recalling the recognition by the Executive Body for the Convention at its first session of the need to decrease effectively the total annual emissions of sulphur compounds or their transboundary fluxes by 1993-1995, using 1980 levels as the basis for calculations of reductions,

Recalling that the Multilateral Conference on the Causes and Prevention of Damage to Forests and Water by Air Pollution in Europe (Munich, 24-27 June 1984) had requested that the Executive Body for the Convention, as a matter of highest priority, adopt a proposal for a specific agreement on the reduction of annual national sulphur emissions or their transboundary fluxes by 1993 at the latest,

Noting that a number of Contracting Parties to the Convention have decided to implement reductions of their national annual sulphur emissions or their transboundary fluxes by at least 30 per cent as soon as possible and at the latest by 1993, using 1980 levels as the basis for calculation of reductions.

Recognizing, on the other hand, that some Contracting Parties to the Convention, while not signing the present Protocol at the time of its opening for signature, will nevertheless contribute significantly to the reduction of transboundary air pollution, or will continue to make efforts to control sulphur emissions, as stated in the document annexed to the report of the Executive Body at its third session,

Have agreed as follows:

Article 1

Definitions

For the purposes of the present Protocol,

1. "Convention" means the Convention on Long-range Transboundary Air Pollution, adopted in Geneva on 13 November 1979;
2. "EMEP" means the Co-operative Programme for Monitoring and Evaluation of the Long-range Transmission of Air Pollutants in Europe;

donner les stratégies et les politiques nationales dans la région de la CEE afin de réduire effectivement les émissions de soufre au niveau national,

Rappelant que l'Organe exécutif de la Convention a reconnu à sa première session qu'il fallait diminuer effectivement les émissions annuelles totales de composés sulfureux ou leurs flux transfrontières d'ici à 1993-1995, en prenant les niveaux de 1980 comme base de calcul,

Rappelant que la Conférence multilatérale sur les causes et la prévention des dommages causés aux forêts et à l'eau par la pollution atmosphérique en Europe (Munich, 24-27 juin 1984) avait demandé à l'Organe exécutif de la Convention d'adopter, en première priorité, une proposition en vue d'un accord spécial visant à réduire les émissions nationales annuelles de soufre ou leurs flux transfrontières d'ici à 1993 au plus tard,

Notant qu'un certain nombre de parties contractantes à la Convention ont décidé d'opérer des réductions de leurs émissions nationales annuelles de soufre ou de leurs flux transfrontières d'au moins 30 % aussitôt que possible et au plus tard d'ici à 1993, en prenant les niveaux de 1980 comme base pour le calcul des réductions,

Reconnaissant d'autre part, que certaines parties contractantes à la Convention, bien qu'elles ne signent pas le présent Protocole au moment de son ouverture à la signature, contribueront néanmoins notablement à la réduction de la pollution atmosphérique transfrontière ou poursuivront leurs efforts pour contrôler les émissions de soufre, ainsi qu'il est indiqué dans le document annexé au rapport de l'Organe exécutif à sa troisième session,

Sont convenues de ce qui suit:

Article premier

Définition

Aux fins du présent Protocole,

1. On entend par «Convention», la Convention sur la pollution atmosphérique transfrontière à longue distance adoptée à Genève le 13 novembre 1979;
2. On entend par «EMEP», le Programme concerté de surveillance continue et d'évaluation du transport à longue distance des polluants atmosphériques en Europe;

um koordinierte nationale Strategien und Politiken in der ECE-Region zur wirksamen Verringerung von Schwefelemissionen auf nationaler Ebene unterstreicht,

eingedenk dessen, daß das Exekutivorgan für das Übereinkommen auf seiner ersten Tagung die Notwendigkeit anerkannt hat, die jährlichen Gesamtemissionen von Schwefelverbindungen oder ihren grenzüberschreitenden Fluß spätestens 1993 bis 1995 wirksam herabzusetzen, wobei zur Berechnung der Verringerungen das Niveau von 1980 zugrunde gelegt wird,

eingedenk dessen, daß die Multilaterale Konferenz über Ursachen und Verhinderung von Wald- und Gewässerschäden durch Luftverschmutzung in Europa (München, 24. bis 27. Juni 1984) gefordert hatte, daß das Exekutivorgan für das Übereinkommen mit höchster Priorität einen Vorschlag annimmt für eine spezifische Vereinbarung über die Verminderung der jährlichen nationalen Schwefelemissionen oder ihres grenzüberschreitenden Flusses bis spätestens 1993,

in der Erkenntnis, daß eine Reihe von Vertragsparteien des Übereinkommens beschlossen haben, ihre jährlichen nationalen Schwefelemissionen oder ihren grenzüberschreitenden Fluß so bald wie möglich, spätestens jedoch bis 1993, um mindestens 30 v. H. zu verringern, wobei zur Berechnung der Verringerungen das Niveau von 1980 zugrunde gelegt wird,

andererseits in Anerkennung dessen, daß einige Vertragsparteien des Übereinkommens das vorliegende Protokoll zwar nicht unterzeichnen werden, wenn es zur Unterzeichnung aufgelegt wird, aber trotzdem in erheblichem Maße zur Verringerung der grenzüberschreitenden Luftverunreinigung beitragen oder sich weiterhin bemühen werden, die Schwefelemissionen zu verringern, wie dies in dem dem Bericht des Exekutivorgans über seine dritte Tagung beigefügten Dokument festgestellt wird -

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Protokolls

1. bedeutet „Übereinkommen“ das am 13. November 1979 in Genf angenommene Übereinkommen über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung;
2. bedeutet „EMEP“ das Programm über die Zusammenarbeit bei der Messung und Bewertung der weiträumigen Übertragung von luftverunreinigenden Stoffen in Europa;

3. "Executive Body" means the Executive Body for the Convention constituted under article 10, paragraph 1 of the Convention;
4. "Geographical scope of EMEP" means the area defined in article 1, paragraph 4 of the Protocol to the 1979 Convention on Long-range Transboundary Air Pollution on Long-term Financing of the Co-operative Programme for Monitoring and Evaluation of the Long-range Transmission of Air Pollutants in Europe (EMEP), adopted in Geneva on 28 September 1984;
5. "Parties" means, unless the context otherwise requires, the Parties to the present Protocol.
3. On entend par «Organe exécutif», l'Organe exécutif de la Convention constitué en vertu du paragraphe 1 de l'article 10 de la Convention;
4. On entend par «zone géographique des activités de l'EMEP», la zone définie au paragraphe 4 de l'article premier du Protocole à la Convention de 1979 sur la pollution atmosphérique transfrontière à longue distance, relatif au financement à long terme du Programme concerté de surveillance continue et d'évaluation du transport à longue distance des polluants atmosphériques en Europe (EMEP), adopté à Genève le 28 septembre 1984;
5. On entend par «Parties», sauf indication contraire du contexte, les Parties au présent Protocole.
3. bedeutet „Exekutivorgan“ das nach Artikel 10 Absatz 1 des Übereinkommens gebildete Exekutivorgan für das Übereinkommen;
4. bedeutet „geographischer Anwendungsbereich des EMEP“ das in Artikel 1 Absatz 4 des am 28. September 1984 in Genf angenommenen Protokolls zum Übereinkommen von 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung betreffend die langfristige Finanzierung des Programms über die Zusammenarbeit bei der Messung und Bewertung der weiträumigen Übertragung von luftverunreinigenden Stoffen in Europa (EMEP) definierte Gebiet;
5. bedeutet „Vertragsparteien“ die Vertragsparteien dieses Protokolls, soweit der Zusammenhang nichts anderes erfordert.

Article 2**Basic provision**

The Parties shall reduce their national annual sulphur emissions or their transboundary fluxes by at least 30 per cent as soon as possible and at the latest by 1993, using 1980 levels as the basis for calculation of reductions.

Article 2**Disposition fondamentale**

Les Parties réduiront leurs émissions annuelles nationales de soufre ou leurs flux transfrontières d'au moins 30 % aussitôt que possible et au plus tard d'ici à 1993, en prenant les niveaux de 1980 comme base de calcul des réductions.

Artikel 2**Grundlegende Bestimmung**

Die Vertragsparteien verringern ihre nationalen jährlichen Schwefelemissionen oder ihren grenzüberschreitenden Fluß so bald wie möglich, spätestens jedoch bis 1993, um mindestens 30 v. H., wobei zur Berechnung der Verringerungen das Niveau von 1980 zugrunde gelegt wird.

Article 3**Further reductions**

The Parties recognize the need for each of them to study at the national level the necessity for further reductions, beyond those referred to in article 2, of sulphur emissions or their transboundary fluxes when environmental conditions warrant.

Article 3**Réductions supplémentaires**

Les Parties reconnaissent la nécessité pour chacune d'entre elles d'étudier au niveau national le besoin de réductions supplémentaires, supérieures à celles mentionnées à l'article 2, des émissions de soufre ou de leurs flux transfrontières si la situation environnementale l'exige.

Artikel 3**Weitere Verringerungen**

Die Vertragsparteien erkennen an, daß jede von ihnen auf nationaler Ebene überprüfen muß, ob weitere Verringerungen der Schwefelemissionen oder ihres grenzüberschreitenden Flusses über die in Artikel 2 genannten Verringerungen hinaus erforderlich sind, wenn die Umweltbedingungen dies rechtfertigen.

Article 4**Reporting of annual emissions**

Each Party shall provide annually to the Executive Body its levels of national annual sulphur emissions, and the basis upon which they have been calculated.

Article 4**Rapports sur les émissions annuelles**

Chaque Partie informe annuellement l'Organe exécutif du niveau de ses émissions annuelles de soufre et de la base sur laquelle il a été calculé.

Artikel 4**Berichterstattung über die jährlichen Emissionen**

Jede Vertragspartei teilt dem Exekutivorgan jährlich das Niveau ihrer nationalen jährlichen Schwefelemissionen sowie die Grundlage, auf der sie berechnet wurden, mit.

Article 5**Calculations of transboundary fluxes**

EMEP shall in good time before the annual meetings of the Executive Body provide to the Executive Body calculations of sulphur budgets and also of transboundary fluxes and depositions of sulphur compounds for each previous year within the geographical scope of EMEP, utilizing appropriate models. In areas outside the geographical scope of EMEP, models appropriate to the particu-

Article 5**Calculs des flux transfrontières**

L'EMEP fournit à l'Organe exécutif, en temps opportun avant ses réunions annuelles, des calculs faits au moyen de modèles appropriés des quantités de soufre, des flux transfrontières et des retombées de composés de soufre correspondant à l'année précédente dans la zone géographique des activités de l'EMEP. Dans les régions hors de la zone des activités de l'EMEP, des modèles

Artikel 5**Berechnung des grenzüberschreitenden Flusses**

Das EMEP stellt dem Exekutivorgan rechtzeitig vor dessen jährlichen Sitzungen Berechnungen des Schwefelhaushalts sowie des grenzüberschreitenden Flusses und der Ablagerungen von Schwefelverbindungen für jedes vorhergehende Jahr im geographischen Anwendungsbereich des EMEP zur Verfügung, wobei geeignete Modelle verwendet werden. In Gebieten außerhalb des geo-

lar circumstances of Parties therein shall be used.

appropriés aux circonstances particulières sont utilisés.

graphischen Anwendungsbereichs des EMEP werden Modelle verwendet, die im Hinblick auf die besonderen Verhältnisse der dort gelegenen Vertragsparteien geeignet sind.

Article 6

National programmes, policies and strategies

The Parties shall, within the framework of the Convention, develop without undue delay national programmes, policies and strategies which shall serve as a means of reducing sulphur emissions or their transboundary fluxes, by at least 30 per cent as soon as possible and at the latest by 1993, and shall report thereon as well as on progress towards achieving the goal to the Executive Body.

Article 6

Programmes, politiques et stratégies nationales

Les Parties établissent sans retard, dans le cadre de la Convention, des programmes, politiques et stratégies nationales permettant de réduire les émissions de soufre ou leurs flux transfrontières d'au moins 30 % le plus tôt possible et au plus tard pour 1993, et font rapport à l'Organe exécutif à ce sujet et sur les progrès accomplis vers cet objectif.

Artikel 6

Nationale Programme, Politiken und Strategien

Die Vertragsparteien stellen im Rahmen des Übereinkommens unverzüglich nationale Programme, Politiken und Strategien auf, die als Mittel dazu dienen, die Schwefelemissionen oder ihren grenzüberschreitenden Fluß so bald wie möglich, spätestens jedoch bis 1993, um mindestens 30 v. H. zu verringern, und berichten dem Exekutivorgan darüber sowie über die Fortschritte bei der Erreichung dieses Zieles.

Article 7

Amendments to the Protocol

1. Any Party may propose amendments to the present Protocol.

2. Proposed amendments shall be submitted in writing to the Executive Secretary of the Economic Commission for Europe who shall communicate them to all Parties. The Executive Body shall discuss the proposed amendments at its next annual meeting provided that such proposals have been circulated by the Executive Secretary of the Economic Commission for Europe to the Parties at least 90 days in advance.

3. An amendment to the present Protocol shall be adopted by consensus of the representatives of the Parties, and shall enter into force for the Parties which have accepted it on the ninetieth day after the date on which two thirds of the Parties have deposited their instruments of acceptance of the amendment. The amendment shall enter into force for any other Party on the ninetieth day after the date on which that Party deposits its instrument of acceptance of the amendment.

Article 7

Amendements au Protocole

1. Toute Partie peut proposer des amendements au présent Protocole.

2. Les propositions d'amendements sont soumises par écrit au Secrétaire exécutif de la Commission économique pour l'Europe qui les communique à toutes les Parties. L'Organe exécutif examine les propositions d'amendements à sa réunion annuelle la plus proche des lors que les propositions ont été communiquées aux Parties par le Secrétaire exécutif de la Commission économique pour l'Europe au moins quatre-vingt-dix jours à l'avance.

3. Les amendements au présent Protocole sont adoptés par consensus des représentants des Parties; un amendement entre en vigueur à l'égard des Parties qui l'ont accepté le quatre-vingt-dixième jour à compter de la date à laquelle deux tiers des Parties ont déposé leurs instruments d'acceptation de cet amendement. Un amendement entre en vigueur à l'égard de toute autre Partie le quatre-vingt-dixième jour à compter de la date à laquelle ladite Partie dépose son instrument d'acceptation de cet amendement.

Artikel 7

Änderungen des Protokolls

(1) Jede Vertragspartei kann Änderungen dieses Protokolls vorschlagen.

(2) Die vorgeschlagenen Änderungen werden dem Exekutivsekretär der Wirtschaftskommission für Europa schriftlich unterbreitet; dieser übermittelt sie allen Vertragsparteien. Das Exekutivorgan erörtert die vorgeschlagenen Änderungen auf seiner nächsten jährlichen Sitzung, sofern die Vorschläge den Vertragsparteien vom Exekutivsekretär der Wirtschaftskommission für Europa mindestens neunzig Tage vorher mitgeteilt worden sind.

(3) Eine Änderung dieses Protokolls bedarf der einvernehmlichen Annahme durch die Vertreter der Vertragsparteien; sie tritt für die Vertragsparteien, die sie angenommen haben, am neunzigsten Tag nach dem Zeitpunkt in Kraft, an dem zwei Drittel der Vertragsparteien ihre Urkunde über die Annahme der Änderung hinterlegt haben. Die Änderung tritt für jede andere Vertragspartei am neunzigsten Tag nach dem Zeitpunkt in Kraft, an dem die betreffende Vertragspartei ihre Urkunde über die Annahme der Änderung hinterlegt.

Article 8

Settlement of disputes

If a dispute arises between two or more Parties as to the interpretation or application of the present Protocol, they shall seek a solution by negotiation or by any other method of dispute settlement acceptable to the parties to the dispute.

Article 8

Règlement des différends

Si un différend s'élève entre deux ou plusieurs Parties quant à l'interprétation ou à l'application du présent Protocole, ces Parties recherchent une solution par voie de négociation ou par toute autre méthode de règlement des différends acceptable pour les parties au différend.

Artikel 8

Beilegung von Streitigkeiten

Entsteht zwischen zwei oder mehr Vertragsparteien eine Streitigkeit über die Auslegung oder Anwendung dieses Protokolls, so bemühen sich diese Vertragsparteien um eine Lösung durch Verhandlungen oder durch ein anderes Verfahren der Beilegung, das für die Streitparteien annehmbar ist.

Article 9

Signature

1. The present Protocol shall be open for signature at Helsinki (Finland) from 8 July 1985 until 12 July 1985 inclusive, by

Article 9

Signature

1. Le présent Protocole est ouvert à la signature à Helsinki (Finlande) du 8 juillet 1985 au 12 juillet 1985 inclus, par les

Artikel 9

Unterzeichnung

(1) Dieses Protokoll liegt vom 8. Juli 1985 bis zum 12. Juli 1985 in Helsinki (Finnland) für die Mitgliedstaaten der

the member States of the Economic Commission for Europe as well as States having consultative status with the Economic Commission for Europe, pursuant to paragraph 8 of Economic and Social Council resolution 36 (IV) of 28 March 1947, and by regional economic integration organizations, constituted by sovereign States members of the Economic Commission for Europe, which have competence in respect of the negotiation, conclusion and application of international agreements in matters covered by the present Protocol, provided that the States and organizations concerned are Parties to the Convention.

2. In matters within their competence, such regional economic integration organizations shall, on their own behalf, exercise the rights and fulfil the responsibilities which the present Protocol attributes to their member States. In such cases, the member States of these organizations shall not be entitled to exercise such rights individually.

Article 10

Ratification, acceptance, approval and accession

1. The present Protocol shall be subject to ratification, acceptance or approval by Signatories.

2. The present Protocol shall be open for accession as from 13 July 1985 by the States and organizations referred to in article 9, paragraph 1.

3. A State or organization acceding to the present Protocol after its entry into force shall implement Article 2 at the latest by 1993. However, if the Protocol is acceded to after 1990, Article 2 may be implemented later than 1993 by the Party concerned but not later than 1995, and such a Party shall implement Article 6 correspondingly.

4. The instruments of ratification, acceptance, approval or accession shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations, who will perform the functions of depositary.

Article 11

Entry into force

1. The present Protocol shall enter into force on the ninetieth day following the date on which the sixteenth instrument of ratification, acceptance, approval or accession has been deposited.

2. For each State and organization referred to in article 9, paragraph 1, which ratifies, accepts or approves the present Protocol or accedes thereto after the deposit of the sixteenth instrument of rati-

Etats membres de la Commission économique pour l'Europe et par les Etats dotés du statut consultatif auprès de la Commission économique pour l'Europe conformément au paragraphe 8 de la résolution 36 (IV) du Conseil économique et social en date du 28 mars 1947, et par les organisations d'intégration économique régionale constituées par des Etats souverains membres de la Commission économique pour l'Europe ayant compétence pour négocier, conclure et appliquer des accords internationaux dans les matières visées par le présent Protocole, sous réserve que les Etats et organisations concernés soient Parties à la Convention.

2. Dans les matières qui relèvent de leur compétence, ces organisations d'intégration économique régionale exercent en propre les droits et s'acquittent en propre des responsabilités que le présent Protocole attribue à leurs Etats membres. En pareil cas, les Etats membres de ces organisations ne peuvent exercer ces droits individuellement.

Article 10

Ratification, acceptation, approbation et adhésion

1. Le présent Protocole est sujet à ratification, acceptation ou approbation par les signataires.

2. Le présent Protocole est ouvert à compter du 13 juillet 1985 à l'adhésion des Etats et organisations visés au paragraphe 1 de l'article 9.

3. Un Etat ou une organisation qui adhère au présent Protocole après son entrée en vigueur applique l'article 2 au plus tard en 1993. Toutefois, si l'adhésion au Protocole a lieu après 1990, l'article 2 peut être appliqué par la Partie considérée après 1993 mais au plus tard en 1995, et cette Partie applique l'article 6 en conséquence.

4. Les instruments de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion sont déposés auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies, qui exerce les fonctions de dépositaire.

Article 11

Entrée en vigueur

1. Le présent Protocole entre en vigueur le quatre-vingt-dixième jour qui suit la date du dépôt du seizième instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion.

2. Pour chaque Etat ou organisation visé au paragraphe 1 de l'article 9 qui ratifie, accepte ou approuve le présent Protocole, ou y adhère après le dépôt du seizième instrument de ratification, d'accep-

Wirtschaftskommission für Europa, für Staaten, die in der Wirtschaftskommission für Europa nach Absatz 8 der Entschließung 36 (IV) des Wirtschafts- und Sozialrats vom 28. März 1947 beratenden Status haben, sowie für die Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration, die von den souveränen Staaten, die Mitglieder der Wirtschaftskommission für Europa sind, gebildet werden und für die Aushandlung, den Abschluß und die Anwendung internationaler Übereinkünfte über Angelegenheiten zuständig sind, die in den Geltungsbereich dieses Protokolls fallen, zur Unterzeichnung auf, vorausgesetzt, daß die betreffenden Staaten und Organisationen Vertragsparteien des Übereinkommens sind.

(2) Solche Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration üben in Angelegenheiten, die in ihren Zuständigkeitsbereich fallen, in ihrem eigenen Namen die Rechte aus und nehmen die Verantwortlichkeiten wahr, die dieses Protokoll den Mitgliedstaaten dieser Organisationen überträgt. In diesen Fällen sind die Mitgliedstaaten dieser Organisationen nicht berechtigt, solche Rechte einzeln auszuüben.

Artikel 10

Ratifikation, Annahme, Genehmigung und Beitritt

(1) Dieses Protokoll bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung durch die Unterzeichner.

(2) Dieses Protokoll steht vom 13. Juli 1985 an für die in Artikel 9 Absatz 1 genannten Staaten und Organisationen zum Beitritt offen.

(3) Ein Staat oder eine Organisation, die diesem Protokoll nach seinem Inkrafttreten beitreten, führen Artikel 2 spätestens bis 1993 durch. Erfolgt der Beitritt zum Protokoll nach 1990, so kann Artikel 2 von der betreffenden Vertragspartei nach 1993 durchgeführt werden, jedoch nicht später als 1995, und eine solche Vertragspartei führt Artikel 6 entsprechend durch.

(4) Die Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunden werden beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt; dieser erfüllt die Aufgaben des Verwahrers.

Artikel 11

Inkrafttreten

(1) Dieses Protokoll tritt am neunzigsten Tag nach dem Zeitpunkt der Hinterlegung der sechzehnten Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

(2) Für alle in Artikel 9 Absatz 1 bezeichneten Staaten und Organisationen, die nach der Hinterlegung der sechzehnten Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde

fication, acceptance, approval, or accession, the Protocol shall enter into force on the ninetieth day after the date of deposit by such Party of its instrument of ratification, acceptance, approval, or accession.

tation, d'approbation ou d'adhésion, le Protocole entre en vigueur le quatre-vingt-dixième jour à compter de la date du dépôt par cette Partie de son instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion.

dieses Protokoll ratifizieren, annehmen oder genehmigen oder ihm beitreten, tritt das Protokoll am neunzigsten Tag nach dem Zeitpunkt der Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde durch die betreffende Vertragspartei in Kraft.

Article 12

Withdrawal

At any time after five years from the date on which the present Protocol has come into force with respect to a Party, that Party may withdraw from it by giving written notification to the depositary. Any such withdrawal shall take effect on the ninetieth day after the date of its receipt by the depositary.

Article 12

Dénonciation

A tout moment après cinq ans à compter de la date à laquelle le présent Protocole est entré en vigueur à l'égard d'une Partie, cette Partie peut dénoncer le Protocole par une notification écrite adressée au depositaire. La dénonciation prend effet le quatre-vingt-dixième jour à compter de la date de sa réception par le depositaire.

Artikel 12

Rücktritt

Eine Vertragspartei kann jederzeit nach Ablauf von fünf Jahren nach dem Zeitpunkt, zu dem dieses Protokoll für sie in Kraft getreten ist, durch eine an den Verwahrer gerichtete schriftliche Notifikation von dem Protokoll zurücktreten. Der Rücktritt wird am neunzigsten Tag nach dem Eingang der Notifikation bei dem Verwahrer wirksam.

Article 13

Authentic texts

The original of the present Protocol, of which the English, French and Russian texts are equally authentic, shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations.

Article 13

Textes faisant foi

L'original du présent Protocole, dont les textes anglais, français et russe font également foi, est déposé auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.

Artikel 13

Verbindliche Wortlaute

Die Urschrift dieses Protokolls, dessen englischer, französischer und russischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.

In witness whereof the undersigned, being duly authorized thereto, have signed the present Protocol.

En foi de quoi les soussignés, à ce dûment autorisés, ont signé le présent Protocole.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Protokoll unterschrieben.

Done at Helsinki this eighth day of July one thousand nine hundred and eighty-five.

Fait à Helsinki, le huitième jour du mois de juillet mil neuf cent quatre-vingt-cinq.

Geschehen zu Helsinki am 8. Juli 1985.

Denkschrift zu dem Protokoll

I. Allgemeines

Durch das Protokoll wird das Übereinkommen vom 13. November 1979 über die weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung ergänzt.

Die Bundesrepublik Deutschland unterzeichnete das Übereinkommen am 13. November 1979 in Genf. Die gesetzgebenden Körperschaften stimmten durch Gesetz vom 29. März 1982 zu (BGBl. II S. 373). Das von 34 Staaten¹⁾ und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) unterzeichnete Übereinkommen trat am 16. März 1983 – nach Hinterlegung der 24. Ratifikationsurkunde – in Kraft; inzwischen haben 30 Staaten sowie die EWG das Übereinkommen ratifiziert.

Das gemäß Artikel 10 des Übereinkommens aus Vertretern der Vertragsparteien zu bildende Exekutivorgan trat am 7. bis 10. Juni 1983 zu seiner ersten konstituierenden Sitzung zusammen. Bereits in dieser Sitzung setzte sich die Bundesregierung gemeinsam mit einigen anderen Staaten für eine Vereinbarung über die Reduzierung der Schwefelemissionen um mindestens 30 v. H. ein.

Im Konsens verabschiedet werden konnte in dieser Phase lediglich eine Entscheidung, mit der das Exekutivorgan die Notwendigkeit anerkennt, „die jährlichen Gesamtemissionen von Schwefelverbindungen oder ihres grenzüberschreitenden Flusses bis 1993/1995 wirksam zu verringern, wobei die Emissionsniveaus von 1980 als Basis für die Berechnung zugrunde gelegt werden“.

Ein maßgeblicher Fortschritt wurde in der Multilateralen Umweltkonferenz in München am 24. bis 27. Juni 1984 erreicht, die die Bundesregierung in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa [ECE¹⁾] veranstaltete und an der 31 Staaten aus Ost und West auf Ministerebene teilnahmen. Während dieser Konferenz erklärten 18 Staaten die Bereitschaft, ihre nationalen jährlichen Schwefelemissionen oder ihren grenzüberschreitenden Fluß bis spätestens 1993 um mindestens 30 v. H. zu verringern. Vor diesem Hintergrund forderte die Konferenz das Exekutivorgan des Übereinkommens auf, mit höchster Priorität eine spezifische Vereinbarung anzunehmen über die Verminderung der jährlichen nationalen Schwefelemissionen oder ihres grenzüberschreitenden Flusses bis 1993.

Die vom Exekutivorgan in seiner 2. Sitzung im September 1984 eingesetzte Arbeitsgruppe legte dem Exekutivorgan zu seiner 3. Sitzung auf Ministerebene in Helsinki am 8. bis 12. Juli 1985 den Entwurf eines „Protokolls zu dem Übereinkommen über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung betreffend die Verringerung von Schwefelemissionen oder ihres grenzüberschreitenden Flusses um mindestens 30 vom Hundert“ vor. Nach der Annahme des Entwurfs durch das Exekutivorgan wurde das Protokoll am 8. und 9. Juli 1985 in Helsinki von 21 Staaten²⁾ unterzeichnet.

Die Vertragsparteien des Protokolls übernehmen die völkerrechtliche Verpflichtung, ihre jährlichen nationalen Schwefelemissionen oder ihren grenzüberschreitenden Fluß so bald wie möglich und spätestens bis 1993 um mindestens 30 v. H. gegenüber dem Niveau von 1980 zu verringern. Diese Verpflichtung konkretisiert Artikel 2 des Übereinkommens von 1979, wonach sich die Vertragsparteien „bemühen, die Luftverunreinigung einschließlich der weiträumigen grenzüberschreitenden Luftverunreinigung einzudämmen und soweit wie möglich schrittweise zu verringern und zu verhindern“.

In der Bundesrepublik Deutschland wird die übernommene Reduzierungsverpflichtung durch den Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes insbesondere in Verbindung mit der Großfeuerungsanlagen-Verordnung und der Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft – TA Luft 1985 erfüllt; nach den neuesten Berechnungen wird – gemessen vom Basisjahr 1980 – bis 1993 in der Bundesrepublik Deutschland eine Verringerung der Schwefelemissionen um mehr als 60 v. H. erreicht.

Im Hinblick darauf, daß etwa die Hälfte der Schwefeldepositionen in der Bundesrepublik Deutschland aus in Nachbarstaaten gelegenen Quellen stammt, werden die von den Vertragsparteien vorzunehmenden Reduzierungen der Schwefelemissionen oder ihres grenzüberschreitenden Flusses zu einer spürbaren Verbesserung der Umweltqualität in der Bundesrepublik Deutschland beitragen und damit die innerstaatliche Luftreinhaltepolitik ergänzen.

Das Protokoll entspricht in seiner Zielsetzung der Umweltpolitik der Europäischen Gemeinschaften, wie sie in ihren Umweltaktionsprogrammen, der Richtlinie zur Bekämpfung von Luftverunreinigungen durch Industrieanlagen von 1983 sowie insbesondere in dem Richtlinienvorschlag der Kommission der Europäischen Gemeinschaften zur Begrenzung der Schadstoffemissionen von Großfeuerungsanlagen in die Luft zum Ausdruck kommt. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft wird jedenfalls nach einer Annahme dieses Richtlinienvorschlags durch den Rat in der Lage sein, das Protokoll zu unterzeichnen.

Es wird erwartet, daß im Rahmen des Exekutivorgans des Übereinkommens weitere spezifische Vereinbarungen über die Verringerung der Emissionen von Luftschadstoffen, vorrangig von Stickstoffdioxid und Kohlenwasserstoffen, entwickelt und abgeschlossen werden können. Entsprechende Vorarbeiten sind bereits angelaufen.

II. Besonderes

Zu Artikel 1

Artikel 1 enthält die grundlegenden Begriffsbestimmungen.

Zu Artikel 2

Artikel 2 enthält die grundlegende Verpflichtung zur Verringerung der jährlichen Schwefelemissionen oder ihres

¹⁾ United Nations Economic Commission for Europe (ECE)

²⁾ Die Signatarstaaten sind: Belgien, Bulgarien, CSSR, Dänemark, DDR, Bundesrepublik Deutschland, Finnland, Frankreich, Italien, Kanada, Liechtenstein, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweden, Schweiz, UdSSR, Ukraine, Ungarn, Weißrussland.

grenzüberschreitenden Flusses, die mindestens zu erreichende Reduzierungsrate, das einzuhaltende Zieljahr sowie das Basisjahr für die Berechnung der Reduzierungen.

Die Reduzierungsverpflichtung hat alternativ die Verringerung der jährlichen nationalen Gesamtemissionen oder ihres grenzüberschreitenden Flusses zum Gegenstand. Die erste Alternative erfordert die Verringerung der Emissionen aus Quellen innerhalb des Territoriums um insgesamt 30 v. H. Nach der zweiten Alternative hat eine Vertragspartei die Möglichkeit, die Reduzierungen auf solche Quellen innerhalb ihres Territoriums zu beschränken, die einen grenzüberschreitenden Fluß verursachen; hierdurch muß eine Verringerung des von dort ausgehenden grenzüberschreitenden Flusses innerhalb der ECE-Region³⁾ um 30 v. H. erreicht werden. Diese zweite Alternative ist lediglich für solche Vertragsparteien von Bedeutung, die über ein so großes Territorium verfügen, daß in bestimmten Teilen gelegene Emissionsquellen keine grenzüberschreitenden Auswirkungen in der ECE-Region haben.

Zu Artikel 3

In Artikel 3 wird die Notwendigkeit anerkannt, auf nationaler Ebene die Erforderlichkeit von über 30 v. H. hinausgehenden Reduzierungen der Schwefelemissionen oder ihrer grenzüberschreitenden Ströme zu untersuchen. Hiermit enthält das Protokoll, das spätestens bis 1993 bzw. – in den Fällen des Artikels 10 Abs. 3 Satz 2 – bis 1995 durchzuführen ist, einen Ansatzpunkt für die Vereinbarung weitergehender Reduzierungen der Schwefelemissionen.

Zu den Artikeln 4 und 5

Gemäß Artikel 4 hat jede Vertragspartei jährlich dem Exekutivorgan das Niveau der nationalen Schwefelemissionen sowie die Berechnungsbasis mitzuteilen.

Im Rahmen des gemäß Artikel 9 des Übereinkommens vom 13. November 1979 eingerichteten „Programms über die Zusammenarbeit bei der Messung und Bewertung der weiträumigen Übertragung von luftverunreinigenden Stoffen in Europa“ [EMEP⁴⁾] werden gemäß Artikel 5 jährlich die Schwefelhaushalte, der grenzüberschreitende Fluß sowie die Depositionen von Schwefelverbindungen berechnet.

Auf der Basis der nationalen Berichte und der im Rahmen von EMEP gemessenen und berechneten Daten wird das Exekutivorgan kontinuierlich die Verringerungen der Emissionen oder ihres grenzüberschreitenden Flusses prüfen und auf diese Weise die Einhaltung der übernommenen Verpflichtung überwachen.

³⁾ Europäische Mitgliedstaaten der ECE sowie Kanada und die Vereinigten Staaten von Amerika.

⁴⁾ Co-operative Programme for Monitoring and Evaluation of the Long-range Transmission of Air Pollutants in Europe (EMEP).

Zu Artikel 6

Artikel 6 verpflichtet die Vertragsparteien, nationale Strategien zur Reduzierung der Schwefelemissionen oder ihres grenzüberschreitenden Flusses um mindestens 30 v. H. zu entwickeln und hierüber sowie über Fortschritte bei der Erreichung des Ziels dem Exekutivorgan zu berichten. In der Bundesrepublik Deutschland liegt eine solche Strategie – bestehend aus einem Bündel von getroffenen bzw. eingeleiteten Maßnahmen – bereits vor: Bundes-Immissionsschutzgesetz, Großfeuerungsanlagen-Verordnung, Neufassung der Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft, Entwurf einer Verordnung zur Halbierung des Schwefelgehalts in leichtem Heizöl.

Zu Artikel 7

Artikel 7 regelt das Verfahren zur Änderung des Protokolls. Sie setzt ein entsprechendes Einvernehmen der Vertreter der Vertragsparteien voraus (Konsensprinzip).

Zu Artikel 8

Artikel 8 bestimmt, daß die Beilegung von Streitigkeiten zwischen Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung des Protokolls durch Verhandlungen oder durch ein anderes, für sie annehmbares Verfahren, erfolgen soll.

So können die Vertragsparteien z. B. eine Vermittlung durch Dritte, einen Vergleich, einen Schiedsspruch, eine gerichtliche Entscheidung sowie die Inanspruchnahme regionaler Einrichtungen oder Abmachungen vereinbaren, wie dies auch Artikel 33 der Charta der Vereinten Nationen (BGBl. 1973 II S. 430) vorsieht.

Zu den Artikeln 9 bis 13

Die Artikel 9 bis 12 enthalten Bestimmungen über Unterzeichnung, Ratifikation, Annahme, Genehmigung, Beitritt und Hinterlegung.

Artikel 9 Abs. 1 ermöglicht der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft die Unterzeichnung des Übereinkommens. Auf die Kompetenzen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten im Hinblick auf das Protokoll wird in Artikel 9 Abs. 2 Bezug genommen. Das Protokoll betrifft einen Bereich, in dem neben den Mitgliedstaaten auch die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft Kompetenzen hat.

Artikel 10 Abs. 3 regelt den Beitritt zum Protokoll. Im Falle eines Beitritts nach 1990 verlängert sich die in Artikel 2 festgelegte Frist zur Erreichung der Reduzierung um 30 v. H. um 2 Jahre bis 1995.

Stellungnahme
des Bundesrates

zum,

Entwurf eines Gesetzes zu dem Protokoll vom 8. Juli 1985 zu
dem Übereinkommen von 1979 über weiträumige grenzüberschreitende
Luftverunreinigung betreffend die Verringerung von Schwefel-
emissionen oder ihres grenzüberschreitenden Flusses um mindestens
30 vom Hundert

Der Bundesrat hat in seiner 563. Sitzung am 18. April 1986
beschlossen, gegen den Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Abs. 2
des Grundgesetzes keine Einwendungen zu erheben.